



DDR-Handelszentrum, altes Zeughaus (vorn)

## WestLB nach Ost-Berlin?

Bundeskanzler Helmut Kohl will seine Wahlkampfausfälle gegen die DDR schnell vergessen machen: Er ließ DDR-Staatschef Honecker wissen, er sei selbstverständlich jederzeit als Gast in der Bundesrepublik willkommen. Die DDR-Regierung zeigte in ihrer Antwort Bereitschaft, mit der neuen Regierung unter dem Motto „Das Machbare machen“ zu kooperieren. Die Belastbarkeit der guten Vorsätze testet derzeit die WestLB: Sie möchte im Ost-Berliner Internationalen Handelszentrum eine Repräsentanz eröffnen, womit – fürchten Deutschlandpolitiker – der Status Ost-Berlins als DDR-Hauptstadt aufgewertet würde. Hilfe für die bundesdeutsche Großbank könnte vom West-Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen kommen. Er will Mitte März auf der Leipziger Frühjahrsmesse DDR-Prominenz zur Zusammenarbeit bei der 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin überreden. Als Gegenleistung will Diepgen dann das Bonner Ja zum WestLB-Antrag mitbringen.

## Weicher Boykott

Verfassungsschützer des niedersächsischen Innenministers Wilfried Hasselmann (CDU) beschneffeln die Protestgemeinde, die sich gegen die für Mai geplante Volkszählung zu formieren beginnt. Eine vom hannoverschen Verfassungsschutz-Chef Peter Frisch (SPD) unterzeichnete „Information – Stand 1987“ registriert schon jetzt kräftigen „Widerstand“. Das Dossier führt unter anderem ein „bundesweites Koordinierungstreffen gegen die Volkszählung im hessischen Landtag“ vom Dezember vergan-

gen Jahres auf. Gastgeber des Wiesbadener Treffens laut Frisch-Info: „Grüne, Jungdemokraten, Humanistische Union und eine Initiative ‚Bürger beobachten die Polizei Bremen‘.“ Deren Beschluß, „die Volkszählungspläne mit offenem Visier zu durchkreuzen“, werten die Verfassungsschützer allerdings als wenig erfolgversprechend. Vielmehr – so Frischs Analyse – fürchten sie den sogenannten weichen Boykott, wie Knicken und Verschmutzen von Fragebögen, weil er „massenweise und risikolos mitgemacht werden kann“.

## Glotz und die Utopie

SPD-Geschäftsführer Peter Glotz glaubt, die Gründe für die Wahlschlappe seiner Partei gefunden zu haben. In einer Zehn-Seiten-Analyse machte er für die Niederlage die „Mobilisierungsschwäche“ der SPD, das „utopische“ Wahlziel einer absoluten Mehrheit, den zu wenig politischen Wahlkampf und den Streit zwischen den beiden Wahlkampfzentren Bonn und Düsseldorf verantwortlich. Eine denkbare Wahlkampf-Alternative wäre nach Meinung des Parteimanagers

## DDR-Frauen an der Waffe

Die SED treibt die Militarisierung der DDR-Gesellschaft weiter voran – aus Personalmangel. Schon seit Monaten wird verstärkt für den freiwilligen Eintritt von Frauen in die Nationale Volksarmee geworben, die – wie die Bundeswehr – unter den geburtenschwachen Jahrgängen zu leiden hat. Dabei werden Frauen jetzt zum ersten Mal im vollen Dienst der SED-eigenen freiwilligen „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ eingesetzt.

Während bislang weibliche Soldaten allenfalls als Funker und Sanitäter in den Kampfgruppeneinheiten tätig waren, tun sie nun als voll integrierte „Kämpfer“ auch Dienst mit der Waffe.

„Erstmals“, so meldete der „Funke“, das SED-Blatt des VEB Transformatoren- und Röntgenwerks „Hermann Matern“ in Dresden, stolz, „wurden mit der feierlichen Gelöbnissprechung drei junge Frauen, Genossinnen, die durch hervorragende fachliche und gesellschaftliche Aktivitäten in unserem Betrieb einen guten Namen haben, in unsere Kampfgruppeneinheit aufgenommen.“

Die frisch verpflichteten Damen, so der „Funke“ weiter, hätten bei einer Übung sofort nach dem Gelöbnis bewiesen, „daß sie gewillt sind, sich rasch alle notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, um unseren langjährigen Kämpfern bei der Erfüllung aller Befehle und Dienst-

aufgaben nicht nachzustehen“. Rund 400 000 DDR-Bürger gehören den nach SED-Angaben „modern ausgerüsteten und gut ausgebildeten Einheiten“ an, die es in den meisten größeren Betrieben, LPGs und staatlichen Verwaltungen gibt. Die zum Teil mit Granatwerfern, Pak und



DDR-Kämpferinnen nach dem Gelöbnis

leichter Flak bestückten Kampfgruppen gelten als „wirksames Instrument der Heimatverteidigung“.

Die SED vergilt den Dienst in ihrer – laut Parteipropaganda – „vom Klassenfeind gehaßten, vom Volk geliebten“ Freizeitmiliz auch materiell: Die „Kämpfer“ erhalten, sofern sie mindestens zehn Jahre dabeibleiben, eine Extra-Rente von 100 Mark – bei einer durchschnittlichen Altersrente von 379 Mark eine attraktive Zusatzversorgung fürs Alter im realen Sozialismus.